



KOMMENTAR

Von Wilhelm Schmülling

Nichtwähler bald stärkste „Partei“

Da streiten sich die Geister, wer denn nun am Wahldebakel der „Volksparteien“ CDU und SPD schuld sei. Waren es die bequemen Bürger, die erst gar nicht zur Wahl gingen, gab die Politikverdrossenheit den Ausschlag oder trauten die Wähler bei der hohen Staatsverschuldung keiner dieser Parteien mehr zu, eine Lösung zur Überwindung der Wirtschaftskrise zu haben? Jedenfalls überzeugte das Wundermittel „Wachstum, Wachstum“, das die Großparteien penetrant oft als Lösung anpreisen, sehr wenig, zumal die Bürger selbst durch vermehrtes Kaufen dazu beitragen sollen. Arbeitslose empfanden das als Hohn und die neoliberale Politik insgesamt als soziale Kälte. Dafür erhielten CDU und SPD die Quittung. Der SPD wurden die Hartz-4-Gesetze angelastet und auch die Rente mit 67.

Die einzige Möglichkeit, Dampf abzulassen, ist in der parlamentarischen Demokratie die Wahl, bei der jeder die gleichen Stimmen hat. Ausgedrückt durch ein Kreuzchen, bei der Bundestagswahl sogar zwei. Bemerkenswert! Aber nicht hinreichend.

Was vor der Wahl geschieht, zum Beispiel die Auswahl der Kandidaten, ist Sache von Parteigremien, die oft von Machtkämpfen, weniger von innerparteilicher Demokratie gekennzeichnet sind. Außerdem werden die Parteien mit Steuergeldern alimentiert. Wenn Parteien bei der Bundestagswahl mehr als 0,5% Stimmenanteil

haben, bekommen sie je Stimme eine Kostenerstattung.

Nachhilfe in Demokratie müsste bei den jetzt geforderten Bildungsinformativen der Schwerpunkt sein. Ist es da ein Wunder, wenn viele sagen: „Man kann ja doch nichts machen“ und die Nichtwähler zur stärksten „Partei“ aufsteigen. Politikverdrossenheit wäre noch die zahmste Reaktion. Man kann nur hoffen, dass die Radikalen von Links und Rechts nicht davon profitieren und es nicht zu sozialen Unruhen kommt.

Und nun? CDU und FDP zimmern in angeblich trauter Gemeinsamkeit eine neue Koalition. Was ändert sich? Die Kassen sind leer, die Geschenke zu teuer. Die Staatsschulden erreichen im nächsten Jahr 1,8 Bio. Euro. Die staatlichen Haushalte allein müssen 145 Mrd. Euro neu aufnehmen. Was hier praktiziert wird, ist Lebensverlängerung eines maroden Systems, zu Lasten der Zukunft. Wie lange diese Versuche noch wirken, kann nicht voraus gesagt werden.

Und die Auswirkungen in der Gegenwart? Zur Erhaltung des Systems „kapitalistische Marktwirtschaft“ wird von der neuen schwarz-gelben Regierung solange mit Mini-Reformen versucht werden zu beruhigen, bis auch der Letzte merkt, dass wir mit Mini-Löhnen keine Vollbeschäftigung erreichen und dass wir ein Verteilungsproblem haben, nämlich zwischen den Arbeitenden auf der einen Seite und dem

nichtarbeitenden Kapital auf der anderen. Nach Senkung der Lohnkosten schreit die Wirtschaft, nach Senkung der Kapitalkosten nicht. Auch Steuer-senkungen sind trotz der Überschuldung nicht tabu. Auch nicht die Kürzung von Sozialleistungen.

Solch eine Politik führt kurzfristig zu etwas mehr Luft, langfristig aber unweigerlich zu einem System-Selbstmord auf Raten. Das soll nicht erkannt werden und man schiebt darum die Schuld für die Krise auf die Habgier und Unmoral der Banker. Damit wird abgelenkt vom heutigen Wirtschaftssystem.

„Der Mensch“, so sagt der Sozialhistoriker und Philosoph Eric Hobsbawm in einem Interview mit STERN. DE, „hat ein unglaublich kurzes Gedächtnis. Wir Historiker schreiben die Verbrechen und den Wahnsinn der Menschheit auf, wir erinnern an das, was viele Menschen vergessen wollen. Aber fast nichts wird aus der Geschichte gelernt. Das rächt sich nun. In den letzten 30, 40 Jahren wurde eine rationale Analyse des Kapitalismus systematisch verweigert.“

Wir legen diese Analyse vor. Danach ist alles Wirtschaften auf Kapitalertrag ausgerichtet, mit allen negativen Folgen für das friedliche Zusammenleben der Menschheit.

Nun drängt die Entwicklung zur Entscheidung: Abwärts mit der kapitalistischen Marktwirtschaft oder aufwärts mit der kapitalismusfreien humanen Wirtschaft. ■